



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/252 - 29.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039 890

Drei Fragen für die weitere Bundestagswahl	S. 1
Städtestreit um den Sitz des EVG-Kommissariates	S. 3
Der "Notenwechsel" Bayern-Rheinland-Pfalz	S. 4

Der Weg nach vorn

(sp) Nach den ersten beiden Eröffnungssitzungen des neuen Bundestages wird die deutsche und die Weltöffentlichkeit mit besonderem Interesse verfolgen, wie weit die künftige praktische Arbeit des Parlamentes in allen seinen Organen, vor allem in den Ausschüssen, dem am Mittwoch und Donnerstag angeschlagenen Tenor entsprechen wird.

Hierbei heben sich drei Fragen voneinander ab:

Wird die weitaus stärkste Regierungspartei sich unter allen Umständen nicht nur an die formalen Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, sondern auch an die Notwendigkeiten halten, die sich aus ihrem Geist ergeben - wie das so nachdrücklich versichert worden ist ?

Werden die schwachen Koalitionspartner der CDU/CSU mit einiger Aussicht auf Erfolg eine gewisse politische Eigenständigkeit erhalten können, wenn man aus dem Stadium der wohlüberlegten rednerischen Programmentwicklung in die harte Bedrängnis des politischen Alltags und des Aushandelns wichtiger konkreter Fragen gerät ?

Wird die Koalition und wird in erster Linie der Kanzler die Voraussetzungen schaffen, die es der Opposition ermöglichen, in gewissen Fragen enger mit der Regierung zusammenzuarbeiten,

als es bisher der Fall war ?

Die erste Vorstellung des neuen Bundestages ist vorwiegend günstig beurteilt worden. Das bezog sich sowohl auf die ruhige und maßvolle Art, in der die Sprecher die Ansichten ihrer Fraktionen vortragen, mehr aber noch auf eine in der Sache liegende größere Bereitschaft zum Verständnis für den Standpunkt des anderen. Vereinzelt hörbare gönnerhafte Töne in Äußerungen zur sozialdemokratischen Stellungnahme sollte man dabei nicht überbewerten.

Die freimütigen Erklärungen des Vorsitzenden der Partei waren im Grunde nichts anderes als die konsequente Fortführung der Linie, die in den ersten Anfängen der Nachkriegszeit von Kurt Schumacher begonnen wurde und über die Parteitage in Hamburg und Dortmund bis zum gegenwärtigen Stande weiterentwickelt worden ist. Der Ursprung der Sozialdemokratischen Partei war ihr Bekenntnis zur modernen politischen Idee schlechthin, zu Fortschritt und zur Selbstverantwortung des Einzelnen. Sie hält an dem Prinzip, eine moderne Partei zu sein, fest, d.h. sie ist ständig bemüht, ihre Politik in innere Übereinstimmung mit wechselnden Gegebenheiten und Erfordernissen der Zeit zu bringen - ganz ähnlich wie es die Parteien des freiheitlichen Sozialismus auch in anderen europäischen Ländern, besonders in Großbritannien und Skandinavien, getan haben und ständig weiter tun.

Man wird sich damit abfinden müssen, daß solche Bemühungen dort, wo man an der vorgefaßten falschen Meinung von der Sozialdemokratie festhält, nach Ursprung und Ziel mißdeutet werden. Das aber kann die Überzeugung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges nicht beeinträchtigen. Es ist ein Weg der neuen Umständen angepaßten veränderten Methode und der fortentwickelten Erkenntnisse. Es wäre freilich ein schwerer Trugschluß zu glauben, daß dadurch die Folgerichtigkeit des Kampfes der Sozialdemokratie um die Verwirklichung ihrer großen Ziele irgendwie Schaden leiden könnte. Das Gegenteil wird der Fall sein und die kommenden Jahre werden den Beweis dafür liefern.

+ + +

Das Fell des Bären ...

pt - Brüssel

Es gibt zwar noch keine "Europäische Armee", aber es geht wie in der schönen Geschichte um das Fell des Bären, welches verteilt wird, noch ehe der Bär gefangen ist. Luxemburg, Brüssel, Lüttich, und natürlich auch die geschäftstüchtigen "Europäer" des Saargebietes liegen sich in den Haaren - um das Fell des Bären, in diesem Falle, um die Ehre, (und das Geschäft) Sitz des "Europäischen Verteidigungskommissariates" zu werden.

Man sieht mit Neid nach Luxemburg, wo der Zufluß soundsovieler gut bezahlter "europäischer Beamter der Kohle- und Stahlunion" Geschäft und Vergnügungsindustrie belebt haben und der Herzogstadt den Ruf verliehen, erste "Europäische Hauptstadt" geworden zu sein. Man findet sich damit ab, wenn der seinerzeitige Beschluß des Ministerrates, Luxemburg zur "provisorischen" Hauptstadt der Kohle- und Stahlunion zu machen, stillschweigend dahin verändert würde, daß die Union in Luxemburg verbleiben wird. Und man tröstet sich damit, daß ja das Kommando der Europäischen Armee, das "Europäische Verteidigungskommissariat", eine sehr viel größere und wichtigere Behörde sein werde. Lüttich, das sich schon - damals mit gewisser Berechtigung - als Sitz der Montanunion empfohlen hatte, bietet dieselben Gebäude dem zukünftigen Verteidigungskommissariat an, Brüssel, das seinerzeit aufgrund eines patriotischen Kompromisses, um Lüttich keine Konkurrenz zu machen, keine offizielle Bewerbung für den Sitz der Montanunion erhoben hatte, wirbt heute desto eifriger um das Verteidigungskommissariat. Man hat sogar schon das geeignete Gebäude: die ehemalige Kaserne der Carabiniers, in der bisher das belgische Kriegsministerium sitzt, deren Beamte sich gern verändern möchten.

Die Brüsseler Presse richtet inständige Bitten an Lüttich, auf seine Bewerbung zu verzichten. Man weist darauf hin, daß schon die Beamten der Montanunion sich an dem Lütticher Plan einer eigenen Wohnsiedlung für die internationale Beamtenschaft gestoßen hätten und stellt demgegenüber fest, daß Brüssel genügend Luxuswohnungen in exklusiven Vierteln besäße, die jederzeit frei wären - zu welchen

unbezahlbaren Preisen, verschweigt man bescheiden. Saarbrücken macht damit Propaganda, daß das Europäische Verteidigungskommissariat in einem "Europäischen Gebiet" liegen müsse, und hofft, so zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, nämlich die Kaufkraft von über 1500 hochbezahlten europäischen Offizieren nach Saarbrücken zu lenken und gleichzeitig seinen separatistischen Ehrgeiz mit europäischem Mäntelchen zu bedecken. Luxemburg wird von gewissen belgischen Kreisen bearbeitet, gegen die belgische Zustimmung zum ständigen Verbleiben der Montanunion die seine zur Wahl Brüssels für den Sitz des Kommandos der europäischen Armee herzugeben.

Mit einem Male kommen belgische Blätter, die noch im vorigen November die separatistische Saarregierung zu ihrem "Wahlsieg" gegen die (nicht zugelassenen) prodeutschen Parteien begrüßt hatten, darauf, zu entdecken, daß ja die völkerrechtliche Lage des Saargebietes so unbestimmt und zweifelhaft sei, daß man auf keinen Fall den Sitz einer europäischen Behörde nach Saarbrücken verlegen könnte... Und ganz am Rande winkt man den zukünftigen Europaoffizieren diskret mit dem Zaunpfahl: "Schließlich hat Brüssel auch eine ganze Reihe von Abwechslungen zu bieten..." Wie wäre es, wenn Saarbrücken, Luxemburg, Brüssel und Lüttich "Europaexperten" zu einem intimen Studium ihres Nachtlebens einladen würden? Damit wir "gemeinen Europäer" auch etwas davon haben: natürlich mit eingehendster öffentlicher Berichterstattung.

+ + +

Krieg Bayern gegen Pfalz

K.H.-Ludwigshafen

Nicht nur in Triest, in Indochina oder in Korea sammelt sich feuergefährlicher Zündstoff, nicht nur in Britisch-Guayana, in Kenya oder in Südafrika stehen Rassen und Völkerstämme mit drohend erhobenen Fäusten sich gegenüber - auch in den deutschen Bundesländern erhitzen sich die Gemüter gegen den "feindlichen Imperialismus", wächst der gefährliche Zündstoff in den Kabinetten zu Bergen an - wenn auch vorläufig nur zu Aktenbergen. In diesen "Noten" jedoch wird eine Sprache geführt, wie sie der modernen Diplomatie würdig ist. Nur, daß niemand weiß, wie die anscheinend notwendigen Drohungen wahrgemacht werden sollen.

Anlaß des ganzen "Kalten Krieges", der nun schon seit zwei Wochen

zwischen dem Land Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz tobt, und der schon viel Staub aufgewirbelt und noch mehr Schmutzeln verursacht hat, ist die Absicht einer bayrischen Landtagsdelegation, in Kürze dem "unerlösten Land" Bayerns, der weingesegneten Pfalz links des Rheines einen Freundschaftsbesuch abzustatten. Nun ist das in den letzten Jahren schon mehrfach geübt worden und wird im "Mutterland Bayern" schon als liebe Tradition empfunden, aber die dieses Jahr vorausgeschickte Aufforderung an die pfälzischen Bürgermeister, sich mit ihren Sorgen und Nöten an den Pfalzausschuß zu wenden, hat im Kabinett zu Mainz denn doch den Krug überlaufen lassen. Man nannte die Absicht "Hausfriedensbruch", sprach von Anmaßung, zitierte das Grundgesetz, betonte die Souveränität der Länder und schrieb ausführliche Noten.

In München aber regte man sich nicht auf. Der Herr Ministerpräsident lehnte die Zuständigkeit ab und bedauerte seinem rheinland-pfälzischen Kollegen gegenüber, daß dies Sache des Landtagspräsidenten sei. Dieser aber, ein gewisser Herr Hundhammer, dachte nicht an Rückzug und erklärte zum wiederholten Male, daß keine Macht den Pfalzausschuß an seiner Freundschaftsreise hindern könne. "Und dabei bleibt's".

Nach mehrmaligen Hin und Her hat man es in Rheinland-Pfalz bisher wieder vorgezogen, zu schweigen. Die glossierenden Ratschläge, Fastnachts-Garden zu mobilisieren und sich mit den reichlich vorhandenen Sektpfropfen auszurüsten, um gegen die bayrischen Bierseidel gewappnet zu sein, hat man amtlicherseits mit Verachtung übergangen. Dagegen gröllt man gegen allerlei Leute. Gegen die Koalitionsfreunde aus der FDP zum Beispiel, die ja auch zur Regierung gehören, es aber an der kräftigen Unterstützung haben mangeln lassen und sich nur ganz undeutlich vernahmen ließen. Und gegen die eigenen Parteifreunde aus der Pfalz, die im "Bund Bayern-Pfalz" immerhin glatten Hochverrat treiben, auch wenn sie diesmal notgedrungen ihren Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten unterstützten. Nicht zuletzt aber auch den Parteifreunden in Bayern, die eine befreundete Staatsregierung in eine derartig peinliche Lage gebracht hatten, die sich so wenig von dem Grundgesetz beeindruckt lassen und in den letzten Tagen sogar Staatsrechtler mobil gemacht haben, um das Kabinett von Rheinland-Pfalz eines Besseren zu belehren.

Wie der "Krieg" weitergeht, scheint nicht schwer zu erraten. Die eine Seite wird sich den pfälzischen Wein nicht versauern lassen, die andere wird vermutlich weiterprotestieren. Sie muß es schon deshalb tun, um sich den Neugliederungswünschen anderer Seiten zu erwehren, und weil sie gerade kürzlich die "abgerundete Einheit" des jetzt achtjährigen Landes und die schöne Eintracht in seinen Grenzen durch ihre Staatsrechtler und Wirtschaftler sich im schönen Büchern hat bescheinigen lassen.